



Jagd auf Verfassungsfeinde: Merz-Regierung will Verfassungsschutz zu „echtem Geheimdienst“ ausbauen

02.02.2026, 12:40 Uhr

Von: Momir Takac

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Nach der Migrationspolitik plant Innenminister Dobrindt auch eine härtere Gangart gegen Demokratiefeinde – mit mehr Befugnissen für den Verfassungsschutz.

Berlin – Bundesinnenminister Alexander Dobrindt plant eine umfassende Stärkung des Verfassungsschutzes, um den wachsenden Herausforderungen für die innere Sicherheit Deutschlands zu begegnen. Der CSU-Politiker, der seit Mai 2025 in der Regierung von Kanzler Friedrich Merz das Innenressort leitet, strebt eine Transformation des Nachrichtendienstes zu einem „echten Geheimdienst“ an.



Innenminister Alexander Dobrindt (l.) plant, aus dem Verfassungsschutz einen „echten Geheimdienst“ zu machen. © picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

„Ich will, dass aus dem Nachrichtendienst nun ein echter Geheimdienst wird, der mit wirksamen, operativen Fähigkeiten ausgestattet wird“, erklärte Dobrindt in einem Interview mit der *Augsburger Allgemeinen*. Der Innenminister möchte keinen Verfassungsschutz mehr haben, der nur „Nachrichten und Informationen sammelt“, wie er betonte.

Dobrindt will Verfassungsschutz zu „echtem Geheimdienst“ machen

Zudem solle die Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten wie denen der USA und Israels ausgebaut werden. Trotz Kritik an den USA und ihrem Präsidenten Donald Trump setze Dobrindt weiter auf Kooperation. „Die USA sind und bleiben unser Partner“, sagte er und fügte hinzu, dass er dringend dazu rate, diesen Grundsatz nicht zu verändern, „ganz unabhängig davon, wie die politische Situation zurzeit ausschaut“.

Konkret nannte Dobrindt eine Zusammenarbeit bei Cyberangriffen. „In der Regel sitzen die Angreifer im Ausland und werden von fremden Mächten finanziert“, sagte der 55-Jährige. Dabei wolle man Attacken nicht nur abwehren. „Wir wollen auch zurückschlagen – also deren Technik und Infrastruktur stören und zerstören.“ Dies sei mit befreundeten Diensten besser zu bewerkstelligen.

Zuvor hatte Dobrindt in der ntv-Talkshow „Pinar Atalay“ erklärt, dass er den Verfassungsschutz mit „erheblich mehr Personal“ ausstatten wolle. „Wir müssen auch unsere Dienste befähigen, neue Ermittlungsmethoden anzuwenden, zum Beispiel im digitalen Bereich.“ Schwerpunkt der geplanten Reformen liegt auf der verstärkten Bekämpfung des Linksextremismus.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Bundesregierung plant besseren Schutz der kritischen Infrastruktur

Parallel zu den Plänen für den Verfassungsschutz treibt die Bundesregierung auch den Schutz kritischer Infrastrukturen voran. Das sogenannte Kritis-Dachgesetz, das derzeit im Bundestag beraten wird, sieht vor, dass Betreiber kritischer Infrastrukturen künftig Störfälle melden und Pläne zum Umgang mit Risiken entwickeln müssen.

Zudem müsse in der kritischen Infrastruktur Transparenz reduziert werden. „Es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass Leute, die Anschläge verüben wollen, mit öffentlich einsehbaren Informationen sich das Anschlagsziel heraussuchen, identifizieren können, mit dem sie am meisten Schaden verursachen“, sagte Dobrindt. Als Beispiel nannte der Minister den Brandanschlag auf das Berliner Stromnetz, wodurch 45.000 Haushalte tagelang von der Versorgung abgeschnitten waren. (Quellen: „Pinar Atalay“, Augsburger Allgemeine)